

# HILTRUP

Nr. 34 Mai 1985

## HEUTE und MORGEN

INFORMATIONEN - MEINUNGEN - AKTUELLES - INFORMATIONEN - MEINUNGEN

## Der Hiltruper See ist gefährdet

### Erholung oder Naturschutz?

So fragen sich manche, die den Zustand des Seeufers mit Sorge betrachten. Die Wege bröckeln ab und sind teilweise schon gesperrt,



1 gefährdete Uferbereiche

2 lange Landzunge, durch Hecke am Anfang abzutrennen

3 Freifläche zwischen Bahn und See, Lebensraum für seltene Tiere

4 nördlicher Weg am Freibad

5 Badebucht an der Bahn

ufernahe Bäume - meist Birken, aber auch urwüchsige, alte Weiden - finden keinen Halt mehr und stürzen um. Darüber hinaus wird verlautbart, die Qualität des Seewassers sei gefährdet. So vor allem die Stadtverwaltung, die hierfür die Badenden verantwortlich machen will. Ein weiteres ernstes Problem kommt hinzu: Der Schutz der Tier- und Pflanzenwelt um und am See.

Die naheliegende Lösung scheint auf der Hand zu liegen: Totale oder zumindest teilweise Absperrung des Sees und rigide Durchsetzung des schon längst bestehenden Badeverbots. Dies ist die Absicht der Stadtverwaltung und hätte freilich zur Folge, daß der See mit seinen attraktiven Uferbereichen den Erholungssuchenden nicht mehr zur Verfügung stünde. Das wiederum kann nicht im Interesse der Bevölkerung liegen, die ein Recht auf stadtnahe Erholung hat - und zwar nicht nur zu horrenden Preisen im Hiltruper Freibad.

Die Einzäunung des Sees kann also nicht der Weisheit letzter Schluß sein. Wir meinen, daß es durchaus Wege gibt, die berechtigten Interessen der Erholungssuchenden mit den Belangen des Naturschutzes zu vereinbaren. Dazu sind einige Sofortmaßnahmen erforderlich:

-Das gesamte Ostufer (entlang der Bahnlinie) ist zu befestigen, der Spazierweg einige Meter landeinwärts zu verlegen. (Abb. 1).

-Die lange Landzunge (ehemaliger Bootsanleger) ist als ungestörter Freiraum für dort lebende Tiere und Pflanzen zu schützen und daher für jegliche Spazierverkehr zu sperren, am besten durch eine dichte Hecke. (Abb. 2).

-Die große Wiese zwischen Bahn und See ist als einzigartiger Lebensraum für verschiedene seltene und bedrohte Tier- und Pflanzenarten zu halten. Hier ist deshalb - wie übrigens am gesamten Seebereich - das Reiten zu untersagen, auch frei laufende Hunde sind hier unpassend. Eine Einzäunung ist entbehrlich, wenn keine Spazierwege über die Wiese verlaufen. (Abb. 3).



(Fortsetzung)

## Hiltruper See

-Schließlich könnte der schmale nördliche Weg zwischen See und Freibad über das Freibadgelände geführt werden. So läßt sich der alte erhaltenswerte Weidenbestand schützen. (Abb. 3).

Diese Sofortmaßnahmen erhalten den Hiltruper See als Naherholungsgebiet, schützen aber zugleich Tier- und Pflanzenwelt in angemessener Weise. Nur so läßt sich die allmählich Zerstörung des gesamten Sees durch übermäßige Nutzung verhindern, was ihn -nebenbei gesagt- auch als Erholungsgebiet nutzlos machen würde.

Die Badebucht an der Bahnlinie (Abb. 5) sollte ruhig weiterhin als solche genutzt werden. Stärkere Beeinträchtigungen gehen nicht von den Badenden aus, das sagen jedenfalls die Experten des Wasserwerks Hohe Ward. Dies ist eher ungewollt bei den Surfern der Fall, solange diese an jedem beliebigen Uferpunkt Zugang zum Wasser finden. Bepflanzungen an empfindlichen Stellen könnten auch hier Abhilfe schaffen.

Die Frage "Erholung oder Naturschutz?" stellt sich also nicht, vielmehr ist bei einigem guten Willen aller Beteiligten beides miteinander vereinbar. Zur Information der Besucher wäre es sicherlich hilfreich, wenn an einigen Stellen des Sees Tafeln mit Erläuterungen der vorhandenen und bedrohten Tier- und Pflanzenarten aufgestellt würden. Auf mittlere Sicht würde dies auch zu einem vernünftigen Umgang mit dem See und seiner Umgebung führen.

FRITZ ROLF BAUR

# SPD-Hiltrup mit neuer Führung

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

zu Beginn dieses Jahres wählte der SPD Ortsverein einen neuen Vorstand. Als neuer Vorsitzender möchte ich mich Ihnen gern vorstellen.

Mein Name ist Willi Lohmann, ich bin 28 Jahre alt, verheiratet und habe drei Kinder, zwei Töchter und einen Sohn. Geboren bin ich in Hiltrup, lebte aber bis 1975 im benachbarten Amelsbüren. 1975 zog ich dann wieder nach Hiltrup und lebe seither in Hiltrup-Ost. Ich arbeite seit 1973 bei einer Elektroinstallationsfirma in Münster. Meine politische Heimat ist die SPD nicht zuletzt deshalb, weil die SPD sich traditionell für die Belange der "kleinen Leute" engagiert.

Ich bin der Meinung, daß die Bonner Politik des fortschreitenden Sozialabbaus unsere besondere Solidarität mit den sozial Schwachen erforderlich macht. Auch denen, die heute noch einen sicheren Arbeitsplatz zu haben glauben, droht Arbeitslosigkeit und sozialer Abstieg. Die Bonner Sparpolitik trifft hier wieder

einmal die "Kleinen". Auch die absolut unzulängliche Erhöhung der Renten darf hier nicht unerwähnt bleiben.

Dieser Politik aus Bonn aktiv entgegengetreten werden. Ich kann dies am besten mit der SPD und in der SPD. Nur eine starke SPD kann weitere soziale Ungerechtigkeiten verhindern. Die Grünen sind in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik keine Alternativen zur Koalition in Bonn.

Am 12. Mai wird in Nordrhein-Westfalen ein neuer Landtag gewählt. Ich möchte Sie bitten, gemeinsam mit uns den totalen CDU-Staat zu verhindern. In Düsseldorf müssen auch weiterhin Sozialdemokraten regieren - eine schwarze Mehrheit unter Bernhard Worms hat dieses Land nicht verdient.

Gehen Sie am 12. Mai zur Wahl und sorgen Sie so dafür, daß Johannes Rau eine solide Regierungsmehrheit erhält.

Herzlichen Dank  
Ihr

Willi Lohmann



# Nachttaxi-Coupons für Frauen!

## SPD Ratsfraktion begrüßt Initiative

Als Frau in der Dunkelheit allein unterwegs zu sein ist gefährlich. 75% aller Frauen in der Bundesrepublik haben Angst, wenn sie abends oder nachts unterwegs sind. In Großstädten (über 500.000 Einwohner) sogar 85%.

Dieses sind Zahlen, die Infas (Institut für angewandte Sozialwissenschaft) im letzten Jahr ermittelte. Die Ergebnisse dieser Untersuchung machen deutlich, daß vor allem die nächtliche Großstadt für Frauen ein feindliches Territorium ist. Schon möglich, daß alles ruhig bleibt, daß nichts passiert, wenn sie allein unterwegs ist - aber sicher kann eine Frau niemals sein.

Gewalt gegen Frauen ist ein großes Problem, allgemein bekannt! Nur, wird es auch wahrgenommen? Wird irgendetwas getan, um den Frauen zu helfen?

Das Problem besteht auch in Münster. Im letzten Jahr wurden in Münster 55 Frauen vergewaltigt, d.h. 55 Fälle wurden zur Anzeige gebracht. Die Dunkelziffer ist weitaus größer.

Frau Schramm, die Leiterin des 2. Kommissariats der münsterschen Kriminalpolizei sagt: "Die größtmögliche Sicherheit für den nächtlichen Weg nach Hause bietet ein Taxi," und fügt hinzu, "bitten sie den Fahrer so lange zu warten, bis sie in der Haustür verschwunden sind."

Frauen sollen und müssen als Preis für ihre Bewegungs-

freiheit auf teure Verkehrsmittel zurückgreifen, nur, welche Frau kann sich das leisten?

Allein in Münster sind 73% aller Sozialhilfeempfänger weiblich! Die durchschnittliche Rente einer Frau beträgt DM 425,--, die eines Mannes DM 1200,--. Von den jungen Mädchen, die noch kein eigenes Einkommen haben, ganz zu schweigen.

Viele Frauen in Münster, unterschiedlichster Gruppierungen haben sich zusammengetan und einen Bürgerinnenantrag mit 2050 Unterschriften in den Rat eingebracht. Der Inhalt lautet: Wir beantragen Nachttaxi-Coupons zum Bustarif für alle Frauen.

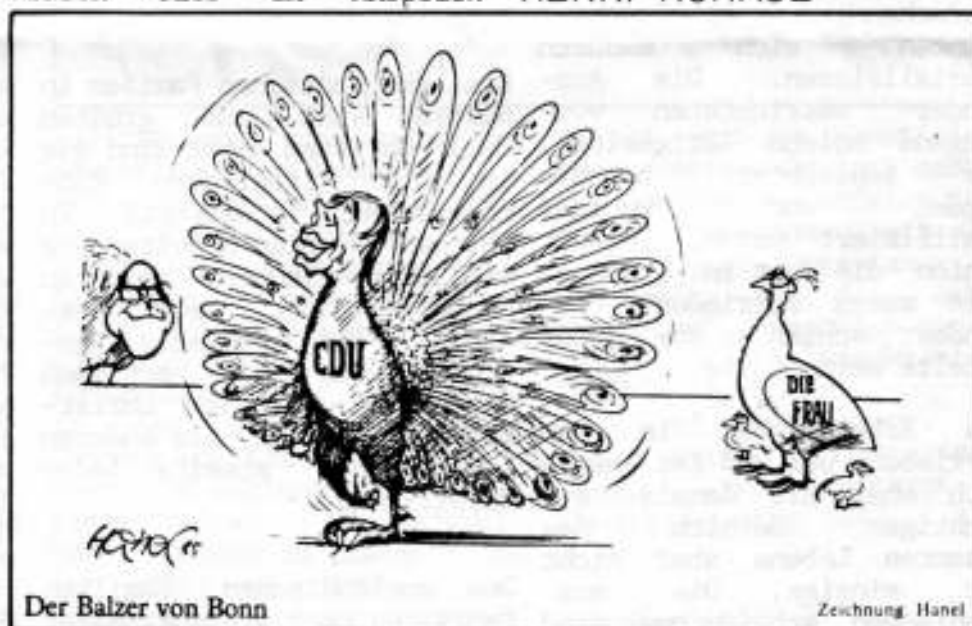
Die SPD-Fraktion begrüßt die Initiative der vielen Frauen, die mit ihrem Bürgerinnenantrag darauf drängen, daß die Stadt Maßnahmen ergreifen soll, daß alle Frauen dies in Anspruch

nehmen können. Der öffentliche Nahverkehr wird diesem Anspruch allein nicht gerecht. Der letzte Bus verläßt die Innenstadt um 23.15 Uhr, und der Weg von der Bushaltestelle bis zur Haustür ist noch immer ungeschützt.

Die öffentliche Sicherheit ist uns allen viel wert. Wir lassen sie uns viel kosten, ich denke nur an Polizei, Justiz, Terroristenfahndung, Personenschutz ect..

Die spezielle Sicherheit der Frau aber ist bisher zu wenig berücksichtigt, ist aber Voraussetzung für die persönliche Freiheit einer jeden Frau am öffentlichen Leben teilzunehmen. Uns, der SPD, ist es lieber einen Beitrag zur Minderung der Kosten in die Vorsorge zu investieren, als verstärkte Polizeimaßnahmen zu fordern. Und daß Frauen überhaupt zu Hause bleiben sollten, damit erst gar keine Kosten entstehen, kann nicht unser politisches Ziel sein.

HENNI HOHAGE



# Ausländer in Deutschland

## »Gäste« oder Mitbürger?

Seit vielen Jahren leben ausländische Mitbürger überall in der Bundesrepublik. Auch hier in Hiltrup. Was wir von Ihren Arbeitgebern hören sind oft wahre Lobeshymnen: sie haben sich in die verschiedenen Betriebe integriert, sie sind fleißig, tun Ihre Pflicht gemäß Recht und Gesetz; und dies alles seit zwanzig und mehr Jahren. Auch von den ausländischen Arbeitern selbst hört man im allgemeinen, daß sie mit ihrer Arbeit zufrieden sind.

Damals, als sie herkamen, waren die Betriebe auf die Hilfe der ausländischen Arbeitnehmer angewiesen und diese auf die Arbeitsplätze in den fernen Ländern. Alles lief also für beide Teile wunschgemäß; alle haben davon profitiert: die Arbeitgeber, die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien und -natürlich nicht ohne Bedeutung- die Gesellschaft ganz allgemein. Die Ausländer halfen mit die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben, die deutschen Arbeitnehmer konnten sich dadurch spezialisieren. Die Ausländer verrichteten vorwiegend solche Tätigkeiten, die schlechter bezahlt wurden und weniger qualifiziert waren. Soweit schien die Welt in Ordnung. Alle waren zufrieden - zumindest schien es so - jeder spielte seine Rolle.

Das Arbeitsleben in den Betrieben war und ist -heute noch eher als damals- ein wichtiger Bereich des gesamten Lebens -aber nicht der einzige. Die ausländischen Arbeitnehmer sind

auch Väter, Mütter, Kinder und Nachbarn. Als solche müssen sie auch leben und einen Platz in der Gesellschaft eingeräumt bekommen. Ist das auch tatsächlich der Fall? Sind die Ausländer "Gäste" geblieben - oder sind sie Mitbürger geworden?

Was die Bildungschancen betrifft sind sie benachteiligt. Die ausländischen Kinder haben schlechtere Startchancen und es sind immer noch nicht die Bildungseinrichtungen vorhanden, die es ermöglichen benachteiligte Gruppen unserer Gesellschaft zu integrieren, ihnen gleiche Bildungsmöglichkeiten einzuräumen. Es fehlt immer noch an Fachkräften in den Schulen, die den ausländischen Kindern auf dem schweren Weg zur Integration die richtige Hilfestellung leisten können. Es fehlt an Mitwirkungsmöglichkeiten der ausländischen Eltern, an Erziehungsberatungsstellen, die der Mentalität, der Sprache und der Kultur der ausländischen Eltern und Kindern Rechnung tragen.

Die ausländischen Familien in Hiltrup sind zum größten Teil Christen. Aber sind sie in die kirchlichen Einrichtungen integriert? In welchen Gremien arbeiten sie mit? Wir glauben alle an denselben Gott, aber Ausländer und Deutsche getrennt. Die einen bestimmen das Leben in der christlichen Gemeinde, die anderen stehen eher abseits jeder Beteiligung.

Den ausländischen Familien fehlt es nach wie vor an der

rechtlichen Sicherheit. Einen Rechtsanspruch auf Aufenthalt haben sie nicht, auch wenn sie noch so lange hier leben. Mit vielen Hindernissen müssen sie rechnen ehe sie eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder gar eine Aufenthaltsberechtigung erhalten können. Schon das Vergessen des Ablaufdatums des Paßes oder der Aufenthaltserlaubnis kann für sie bedeuten, die viele Jahre lang ersehnte Sicherheit einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis oder einer Aufenthaltsberechtigung wieder in weite Ferne rückt oder erst garnicht kommt. Eine Verkehrsübertretung bedeutet für einen Deutschen oft nur eine Geldbuße, eine ausländische Familie gerät in Panik, weil es für sie unter Umständen bedeuten kann, daß sie die Bundesrepublik verlassen muß und so ihr Familienleben sehr bedroht ist.

Eine demokratische Gesellschaft unterscheidet sich von anderen dadurch, daß sie allen ihren Mitgliedern das Recht und die Möglichkeit einräumt, sich an der Entwicklung und Mitbestimmung des Landes zu beteiligen. Auch die Ausländer sind Mitglieder dieser Gesellschaft, aber sie dürfen sich an den Geschicken dieses Landes, dieser Gemeinde nicht beteiligen. Andere bestimmen, für sie oder gegen sie, aber in jeden Fall OHNE sie. Es wäre zu wünschen, daß die deutschen Parteien einmal laut überlegen würden, wie sie dieses Unrecht abschaffen wollen.

MANUEL ROMANO-GARCIA



# NRW vor der Wahl

## Ihre Kandidatin stellt sich vor

Ich wurde 1945 in Epe im heutigen Kreis Borken geboren. Nach Beendigung der Volksschule machte ich eine Lehre als Einzelhandelskauffrau. Diesen Beruf habe ich einige Jahre ausgeübt und bin dann in den Bereich EDV übergewechselt.

Nach der Geburt des ersten Kindes habe ich meine Berufstätigkeit für etliche Jahre aufgegeben.

Mit ca. 12 Jahren bin ich wieder berufstätig. Ich habe zunächst als Datenerfasserin gearbeitet und bin heute als EDV-Lohnbuchhalterin tätig. Seit 1970 gehöre ich der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an. Seit 14 Jahren lebe ich mit meiner Familie im Münsterschen Stadtteil Roxel und fühle mich hier zuhause.

Ich kandidiere zum ersten Mal für den Landtag und würde die Arbeit, die ich innerhalb der SPD vor allem in den Bereichen Sozial-, Familien- und Arbeitsmarktpolitik gemacht habe, gern im Landesparlament weiterführen.

Ich sehe es als wichtige Aufgabe, daran mitzuwirken, daß gerade diesen Politikbereichen in den z. Zt. schwierigen wirtschaftlichen Zeiten große Beachtung entgegengebracht wird.

Es darf nicht sein, daß die Sanierung öffentlicher Haushalte auf Kosten der sozial Schwachen geschieht. Die vorhandene Arbeit muß so verteilt werden, daß alle, die arbeiten wollen auch arbeiten dürfen; Frauen und Männer müssen gleiche Chancen für ihre individuelle Lebensgestaltung

haben. Familienaufgaben und Erwerbsarbeit müssen für Männer und Frauen vereinbar sein; dafür bessere Voraussetzungen zu schaffen, ist auch eine landespolitische Aufgabe.

Ich denke es ist wichtig, daß auch Frauen sich verstärkt um Mitarbeit in politischen Entscheidungsgremien bewerben. In einem Parlament, das eine wirkliche Volksvertretung sein will, müssen mehr Frauen mitwirken, als es bisher der Fall ist, nicht aus frauen-

vielmehr möchte ich in meiner politischen Arbeit deutlich machen, und das sollte auch im Wahlkampf deutlich werden, daß ich weder die eine noch die andere "Hälfte der Menschheit" bevorzugen oder benachteiligen will, sondern für eine gerechte solidarische Gesellschaft arbeiten möchte. Ich kann jedoch nicht verhehlen, daß es für mich selbstverständlich ist, bei allen Entscheidungen die besonderen Bedürfnisse und Interessen der Frauen besonders zu beachten.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, diese Landtagswahl ist ein für uns alle und für unsere Zukunft wichtiges Ereignis; es darf nicht dazu kommen, daß die



## Für Sie in den Landtag

Anne Garbe

Jahrgang 1945

verheiratet

zwei Kinder

Angestellte

politischen, sondern aus gesamtpolitischen Erwägungen. Wie wenig selbstverständlich eine Frauenkandidatur noch immer ist, sieht man an den Ratschlägen, die ich von allen Seiten bekomme. Würde man je einem männlichen Kandidaten raten, um alles in der Welt nicht nur "Männer"politik zu machen, oder den Wahlkampf nicht zu einem reinen "Männer"wahlkampf werden zu lassen? Es ist nicht mein Ziel, "nur" Frauenpolitik zu machen,

z. Zt. in Bonn praktizierte konservative Politik nahtlos auf Nordrhein-Westfalen übergreift. Wir müssen mit aller Kraft, mit Optimismus und Phantasie an die Arbeit gehen und deutlich machen, daß sozialdemokratische Politik nur dann verwirklicht werden kann, wenn die neue Landesregierung eine sozialdemokratische Landesregierung ist!

ANNE GARBE

# Streitfrage Medienpolitik

## SPD will Schutz für den WDR

Die Medienpolitik ist in den den vergangenen Monaten zu einem der beherrschenden Themen in unserem Lande geworden. Mit allen Mitteln versucht die CDU dieses Thema nun auch in den Mittelpunkt ihrer Wahlkampfagitatio-n zu stellen. Bernhard Worms und seine Partei (B. Worms ist in der CDU, d.V.) werfen der Landesregierung vor, sie versuche, den WDR zu einem "Rotfunk" umzufunktionieren, und behindere die Informations- und Meinungsfreiheit in unserem Lande, in dem sie neuen privaten Rundfunkveranstaltern den Zugang zum nordrhein-westfälischen Medienmarkt erschwere oder sogar unmögliche mache. Doch auch durch ständige Wiederholungen werden die ständigen polemischen Angriffe der CDU gegen die SPD-Landesregierung nicht richtiger und auch nicht glaubwürdiger.

Um deutlich zu machen, wie wenig stichhaltig die Angriffe der CDU-Opposition sind, soll im folgenden kurz auf die wesentlichen Inhalte der Gesetze bzw. Gesetzesvorhaben der jetzigen und künftigen SPD-Landesregierung eingegangen werden.

### Das neue WDR Gesetz

Im März dieses Jahres hat der Landtag in NRW mit den Stimmen der SPD ein neues Gesetz für den Westdeutschen Rundfunk verabschiedet, das das alte Gesetz aus dem

Jahre 1954 ablöst. Damit ist die SPD einem Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes nachgekommen, das gefordert hatte, den Parteieneinfluß auf den Rundfunk zu reduzieren.

Das neue WDR-Gesetz sieht nun ein Aufsichtsgremium vor, in dem nicht mehr wie in den bisherigen Gremien die politischen Parteien bestimmend sind, sondern in dem "gesellschaftlich relevante Gruppen" die Mehrheit bilden. Dazu gehören u.a. die Gewerkschaften, die Arbeitgeber, die Kirchen, aber auch Kultur- und Bildungsorganisationen. In diesem Zusammenhang davon zu sprechen, die SPD hole den Sender unter ihre Kontrolle disqualifiziert sich von selbst.

Ein weiterer entscheidender Bestandteil dieses Gesetzes ist die Existenz- und Entwicklungsgarantie für den WDR. Durch eine Fest-schreibung von Werbezeiten und das Offenhalten von Kooperationsmöglichkeiten mit Dritten sind Voraussetzungen geschaffen, daß der WDR gegenüber der privaten Konkurrenz bestehen kann. Ohne eine solche Existenzgarantie wäre der WDR mit seinem umfassenden Programmauftrag - dies meint Information, Kultur, Bildung u n d (nicht oder) Unterhaltung - kaum in der Lage, sich gegen private Programmveranstalter zu behaupten, die sich vorwiegend am Massengeschmack orientieren

werden, d.h. in erster Linie Unterhaltungssendungen aus der amerikanischen Produktion anbieten werden.

Meinungsvielfalt in NRW wird es im Rundfunkbereich auch weiterhin nur dann geben, wenn, ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk existiert. Dafür hat das neue WDR-Gesetz die Grundlagen gelegt.

### Das sogenannte Einspeisungsgesetz

Die SPD in NRW hat keineswegs die Absicht, sich neuen Entwicklungen auf den Mediensektor zu verschließen, und denkt deshalb auch nicht daran, privaten Rundfunk in NRW zu verhindern, wie es die CDU immer weismachen will. Ministerpräsident Johannes Rau hat vielmehr ausdrücklich erklärt, daß man den privaten Rundfunkveranstaltern in NRW "eine faire Chance bieten will". Parallel zum neuen WDR-Gesetz ist deshalb ein SPD-Gesetzentwurf vom Landtag verabschiedet worden, das es ermöglicht, private Programme, die in den anderen Bundesländern bereits zugelassen sind, auch in die Kabelanlagen in NRW einzuspeisen. Dieses sog. "Einspeisungsgesetz" ist ein Vorgriff auf das geplante Landesmediengesetz, das die Zulassung privaten Rundfunks in NRW endgültig regeln wird.





## Das neue Landesmediengesetz

Dieses Landesmediengesetz wird eines der ersten großen Gesetzesprojekte der neuen SPD-Landesregierung in der kommenden Legislaturperiode sein. Es wird die Bedingungen festlegen, unter denen private Rundfunkveranstalter ihre Programmtätigkeit hier aufnehmen können. Es wird die Bestimmung zur Organisation ebenso enthalten wie Mindestanforderungen an die Programme. Nicht zuletzt wird darin auch zu regeln sein, welche Grenzen der Werbung im Rundfunk zu setzen sind - das amerikanische Vorbild sollte dabei sicherlich kein Maßstab sein.

Ein wichtiger Bestandteil dieses Gesetzes werden darüber hinaus Regelungen für den lokalen Hörfunk sein. Von 1986 stehen NRW im UKW-Bereich von 100-108 MHz zwei neue landesweite Hörfunkkanäle zur Verfügung. Derzeit ist daran gedacht, einen der beiden neuen

Kanäle privaten Veranstaltern zur Verfügung zu stellen. Der andere Kanal soll dazu dienen flächendeckend in NRW eine Reihe von lokalen Hörfunkstationen aufzubauen. Damit wäre möglich, sowohl in vielen Bereichen lokale Pressemonopole zu durchbrechen und für mehr Meinungsvielfalt dort zu sorgen, als auch den Bürgern neue Chancen zu aktiver Kommunikation zu schaffen.

Das neue Gesetz muß dabei aber einerseits sicherstellen, daß solche lokalen Hörfunkstationen nicht einen Verdrängungswettbewerb zu lasten der lokalen Presse auszulösen. andererseits aber auch verhindert, daß hier neue lokale Meinungsmonopole entstehen.

neue Entwicklungen im Bereich der Medien von vorneherein verhindern. Sie will aber auch nicht eine Entwicklung, an deren Ende nur noch "Leichtes und Seichtes" über die Bildschirme und Hörfunkkanäle kommt. Hörfunk- und Fernsehprogramme sind keine Waren wie Waschmittel, die man dem freien Markt überlassen kann.

Die SPD will in NRW ein breitgefächertes Programmangebot, das neben der Unterhaltung auch Information, Kultur und Bildungsangebote enthält, und in dem auch Minderheiten sich wiederfinden können. Oberstes Ziel der Medienpolitik der SPD ist es deshalb, auf Dauer ein Höchstmaß an Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt zu gewährleisten. Dazu können, im geregelten Nebeneinander, sowohl öffentlich-rechtliche wie auch private Programmveranstalter beitragen.

DR. MICHAEL CRONE

"Hiltrup heute und morgen"

Herausgeber:

SPD-Ortsverein Hiltrup  
Loddenweg 11

verantwortlich:

Willi Lohmann

## Ziele der SPD Medienpolitik

Die SPD verfolgt mit ihrer Medienpolitik in unserem Lande weder eine Politik, die auf die Beherrschung der öffentlichen Meinung ausgerichtet ist, noch will sie





# Kinder-Leite



## Benedikt und Bernadite

Kennst Du Benedikt und Bernadite? Nein? Nun, Benedikt und Bernadite sind 2 Finger an meiner Hand, der Mittelfinger heißt Benedikt, und Bernadite nennt sich der Zeigefinger. Diese beiden Finger beschlossen eines Tages, schreiben zu lernen. Ihr wißt sicher, daß Benedikt und Bernadite noch viele Geschwister haben. Sie kamen mit allen gut aus, nur dem Balduin, dem Daumen, den mochten sie nicht leiden, der war so dick und kurz und überhaupt fanden sie den unheimlich doof. Als die Zwei nun ihren Entschluß, schreiben zu lernen, in die Tat umzusetzen wollten, stellten sie fest, daß das gar nicht so einfach war. Zuerst versuchte Benedikt den Stift zu halten, aber dieser fiel immer wieder runter. Dann versuchte Bernadite ihr Glück, aber auch bei ihr fiel der Stift fort, erst als sie sich zusammaten und den Stift gemeinsam festhielten, schafften sie es, den ersten Strich aufzumalen. Aber der war so krackelig, daß man keinen Buchstaben daraus machen konnte. In diesem Augenblick fragte Balduin ganz schüchtern, ob er den Beiden vielleicht helfen sollte. Aber Benedikt und Bernadite wiesen diesen Vorschlag empört zurück und meinten, mit dem doofen Balduin würden sie es ganz bestimmt nicht schaffen. Statt dessen versuchten sie weiter, zu weit Buchstaben zu schreiben. Mit der Zeit wurden diese auch etwas besser, waren aber immer noch so kläglich, daß niemand sie lesen konnte. Da überlegten die zwei Finger, was sie tun sollten, und schließlich beschlossen sie, es doch einmal mit Balduin zu versuchen. Bernadite übernahm es, den kurzen Balduin zu fragen, ob er noch immer bereit sei, mitzumachen. Das war ihr sehr unangenehm, aber der gutmütige Balduin war glücklich, daß seine Geschwister einmal an ihn gedacht hatten und machte sich mit Eifer an die Arbeit. Und siehe da zu dritt, mit vereinten Kräften, gelang der schwierige Versuch. Die Drei hatten den ersten Buchstaben sauber und leserlich aufgeschrieben. Seitdem sind sie unzertrennlich und schreiben immer wieder viele neue Buchstaben zusammen, und wenn jemand über den dicken Balduin lacht, dann beschützen ihn Benedikt und Bernadite und reigen allen lachern, wie wichtig ihr kurzer Bruder für sie ist – und wie dumm die anderen sind, wenn sie über ihn lachen.

Sigrid Lehmann



Eine dieser Figuren paßt nicht zu den anderen. Welche ist es?

## Wer von Euch weiß, wo dieses Haus steht?

Das Haus wurde 1904 von der Familie Schmitz gebaut. Herr Schmitz war als Arbeiter bei den Glasurwerken (heute BASF) beschäftigt. Heute wohnen seine Tochter und ihr Mann dort. In Kiltrup gab es früher viele dieser hübschen, kleinen Häuser!



Bildung: Das Schiff so toll macht!

Bildung: Das Haus steht an der Marktkasse Nr. 53